

GT, 08.05.2009

### **Gegendemo stationär Landrat erteilt Auflagen**

Die Demonstration gegen den ursprünglich geplanten rechtsradikalen „Friedensmarsch“ soll nur stationär auf der Heimkehrerstraße stattfinden. Das ist eine der Auflagen, die Landrat Reinhard Schermann gestern verhängt hat. Eigentlich wollten die Gegendemonstranten aus dem linken Spektrum durch Friedland ziehen. Weitere Auflagen: Seile, Transparente, die länger als drei Meter sind, und Glasflächen sind verboten. Stangen – beispielsweise für Fahnen – dürfen nicht länger als 2,50 Meter sein. Rund 500 Demonstranten wurden für die linke Gegendemo angemeldet. Grund für die Auflagen seien die „Enge Friedlands und die Gefahrenprognose der Polizei“. Neben der linken Gegendemo gibt es noch eine Demo des Friedländer Bündnisses gegen Rechts. Der rechte „Friedensmarsch“ wurde verboten.

GT, 7.5.2009

### **„Friedensmarsch“ offenbar abgesagt**

»Die rechtsorientierten Kräfte, die am Sonnabend, 9. Mai, in Friedland einen „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“ abhalten wollten, haben ihr Vorhaben nach dem Verbot der Veranstaltung durch den Landkreis Göttingen offenbar aufgegeben. Die Polizei hatte mit Blick auf ihre umfangreichen Einsatzvorbereitungen beim Veranstalter, den „Russlanddeutschen Konservativen“, angefragt, ob er gegen das Verbot gerichtlich vorgehen wolle. Dort, so Polizeisprecher Lutz Ike, wurde der Polizei mitgeteilt, dass der „Friedensmarsch“ nicht mehr stattfinden werde. Allerdings: Ganz sicher sind sich die Ordnungskräfte nicht. Ike: „Die Polizei bewertet diese Absichtserklärung zwar nicht als absolut zuverlässig, hält sie aber, bei aller Vorsicht, für durchaus glaubhaft. Daher kann es möglich sein, dass am Wochenende keine Rechtsextremisten nach Friedland kommen. Sollten sie es trotz eines gültigen Verbots versuchen, wird die Polizei dies verhindern.“ Angesichts der unklaren Lage bereite sich die Polizei weiter auf einen Großeinsatz vor – „auch im Hinblick auf die angemeldeten Gegendemonstrationen“. «„Freiheit ein Fremdwort“ »Unterdessen hat die „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“, bundesweite Interessenvertretung der Russlanddeutschen, angekündigt, sich an der weiterhin geplanten Kundgebung des Friedländer Bündnisses gegen Rechts am Sonnabend, 9. Mai, zu beteiligen. Für die rechtsradikalen Kräfte, die an diesem Tag in ihrem „Friedensmarsch“ in Friedland vom Grenzdurchgangslager zum Heimkehrerdenkmal marschieren wollten, seien „Freiheit und Demokratie Fremdworte“, erklären die niedersächsische Landsmannschafts-Vorsitzende Lilli Bischoff und der Bundesvorsitzende Adolf Fetsch in einem Schreiben an den Göttinger Landrat Reinhard Schermann (CDU). Der Friedensmarsch werde von Kräften gesteuert, „die ohne jegliche Legitimation vorgeben, im Namen der Deutschen aus Russland zu handeln“. Die Drahtzieher missbräuchten den Namen Friedlands für ihre Zwecke und beschädigten gleichzeitig den guten Ruf der Deutschen aus Russland. Sie selbst werde, so Bischoff, an der Kundgebung als Sprecherin teilnehmen.

GT, 7.5.2009

### **Straftaten verfolgen Beamte vor Ort**

Vor der für Sonnabend, 9. Mai, geplanten Demonstrationen in Friedland wird die Polizei Göttingen ab Donnerstag, 7. Mai, zwei Konfliktmanager und einen örtlichen Beamten nach Friedland entsenden. Die Beamten sollen die Bürger aufsuchen, „über den geplanten Einsatz der Polizei informieren und Handzettel mit Hintergrundinformationen und Verhaltenshinweisen verteilen“,

erklärt Sprecherin Jasmin Kaatz. Am 9. Mai werde die Polizei mit einem Großeinsatz den Schutz friedlicher Versammlungen gewährleisten. Sie werde allerdings auch „Straftaten, insbesondere von gewaltbereiten Autonomen, konsequent verhindern und strafrechtlich verfolgen“, erläutert Einsatzleiter Thomas Rath.

Stadtradio Göttingen, Donnerstag, 07 Mai 2009

### **Landkreis erteilt Auflagen für Gegendemonstration**

Der Landkreis Göttingen hat heute der für Samstag in Friedland angemeldeten Demonstration der antifaschistischen Gruppe „Redical M“ Auflagen erteilt. Nach eigenen Angaben genehmigte Landrat Reinhard Schermann anstelle eines Demonstrationzuges nur eine stationäre Kundgebung. Schermann begründete den Schritt mit der räumlichen Enge Friedlands und der Gefahrenprognose der Polizei. Als Ort der Kundgebung legte er die Heimkehrerstraße fest. Weitere Auflagen verbieten beispielsweise Glasflaschen oder andere splitternde Behälter, Seile, mehr als drei Meter lange Transparente und mehr als zweieinhalb Meter lange Plakate und Fahnen. Die Redical M kündigte an, gegen einige der Auflagen klagen zu wollen. Nach Informationen des Landkreises wurden für die Veranstaltung rund 500 Teilnehmer angemeldet.

Stadtradio Göttingen, Mittwoch, 06 Mai 2009

### **Deutsch-russischer Friedensmarsch findet nicht statt**

Der für den 9. Mai in Friedland geplante „Deutsch-russische Friedensmarsch“ wird nicht stattfinden. Das erklärte der Anmelder der Veranstaltung jetzt gegenüber dem Staatsschutz der Polizei. Dieser hatte auf Grund der laufenden Vorbereitungen Kontakt zu dem Veranstalter aufgenommen, um zu erfragen, ob er Rechtsmittel gegen das Verbot einlegen werde. In einem Gespräch erklärte der Anmelder, dass der „Friedensmarsch“ wegen des Verbots nicht stattfinden werde und auch keine Teilnehmer zu der Veranstaltung anreisen würden. Dennoch beabsichtige er, das Verbot nach dem 9. Mai verwaltungsgerichtlich prüfen zu lassen. Die Polizei bewertet die Absichtserklärung zwar nicht als absolut zuverlässig, hält sie aber bei aller Vorsicht für durchaus glaubwürdig. In einer Pressemitteilung heißt es, es sei möglich, dass am Wochenende keine Rechtsextremisten nach Friedland kommen würden. Sollte dies trotz des bestehenden Verbots dennoch geschehen, werde die Polizei dies verhindern. Angesichts der unklaren Lage bereitet sich die Polizei weiterhin auf einen Großeinsatz vor.

HNA, 6.5.2009

### **Rechtsextreme winken ab**

### **Veranstalter von Neonazi-Aufmarsch will sich an Verbot des Landkreises halten**

Friedland. Die rechtsextreme Gruppe, die für Samstag eine Demonstration in Friedland angemeldet hatte, will zunächst nicht gegen das Verbot des Landkreises Göttingen vorgehen. In einem Gespräch mit dem Staatsschutz der Polizei habe der Anmelder erklärt, dass der Aufmarsch am 9. Mai wegen des Verbots nicht stattfinde, teilte am Donnerstag der Sprecher des Polizeipräsidiums Göttingen, Lutz Ike, mit.

Die Polizei bereitet sich dennoch auf einen Großeinsatz vor.

Der Landkreis Göttingen hatte einer der NPD nahe stehenden Gruppe "Die russlanddeutschen Konservativen" die geplante Demonstration in Friedland verboten und dies mit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit begründet.

Die Polizei bewerte die Absichtserklärung des Veranstalters zwar nicht als absolut zuverlässig, halte sie aber bei aller Vorsicht für durchaus glaubhaft, sagte Ike. Es könne also möglich sein, dass am Wochenende keine Rechtsextremisten nach Friedland anreisen. Sollten sie es trotz des Verbots versuchen, werde die Polizei dies verhindern.

"Die Polizeidirektion Göttingen hält das vom Landkreis Göttingen ausgesprochene Verbot für sehr gut begründet und tragfähig", erklärte Polizeipräsident Hans Wargel am Donnerstag. "Ich glaube, dass es einer gerichtlichen Prüfung standhalten würde." Das wollen die Rechtsextremen offenbar erst nach diesem Wochenende klären. Der Veranstalter habe erklärt, dass er das Verbot nach dem 9. Mai vom Verwaltungsgericht prüfen lassen wolle, sagte Ike.

Angesichts der eher unklaren Lage stellt sich die Polizei weiterhin auf einen Großeinsatz ein, auch im Hinblick auf die angemeldeten Gegendemonstrationen. Als Reaktion auf den geplanten Aufmarsch der Rechtsextremen hatten Linke aus Göttingen für den 9. Mai eine Demonstration in Friedland angemeldet. Das "Friedländer Bündnis gegen Rechts", will zudem eine Kundgebung am Heimkehrerdenkmal oberhalb des Ortes veranstalten.

Der Polizei gehe es um den Schutz friedlicher Versammlungen, sagte Ike. Straftaten, insbesondere von gewaltbereiten Autonomen, würden konsequent verfolgt. Ab Donnerstag sind in dem 1318-Einwohner-Ort zwei Konfliktmanager unterwegs, um über den Einsatz der Polizei zu informieren. Sie verteilen auch Handzettel mit Hintergrundinformationen.

### **Stadtradio Göttingen, Montag, 04 Mai 2009 DGB zieht positive Bilanz nach Maikundgebungen**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Niedersachsen hat eine positive Bilanz der diesjährigen Maikundgebungen gezogen. Nach Angaben des DGB nahmen in ganz Niedersachsen mehr als 61 000 Menschen an den Veranstaltungen der Gewerkschaft teil. Die größten Kundgebungen fanden mit jeweils 5.000 Teilnehmern in Braunschweig und Salzgitter statt. An einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in Hannover nahmen laut DGB rund 20 000 Menschen teil. Die Kundgebungen standen in diesem Jahr unter dem Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn!“ In Göttingen zogen etwa 500 Menschen vom DGB-Haus zum Markt. Die Redner thematisierten vor allem die Wirtschaftskrise und forderten eine Sicherung der Arbeitsplätze. Am 16. Mai veranstaltet der DGB eine zentrale Kundgebung zur Wirtschaftskrise in Berlin. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“

### **Stadtradio Göttingen, Montag, 04 Mai 2009 Polizei verhindert Neonazi-Aufmarsch in Friedland**

Die Göttinger Polizei hat am Freitag einen spontanen Aufmarsch von rund 35 Rechtsextremisten in Friedland verhindert. Der Aufmarsch sollte als eine Art Ersatzveranstaltung für die verbotene NPD-Demonstration in Hannover dienen. Die Polizei war nach eigenen Angaben gegen halb drei nachmittags auf mehrere Fahrzeuge auf der A 7 aufmerksam geworden. Diese fuhren in einer Gruppe nach Friedland und hielten auf einem Parkplatz an der Heimkehrerstraße. Bei den Insassen handelte es sich um Rechtsextremisten unter anderem aus Göttingen, Northeim und dem

Eichsfeldkreis. Die Beamten nahmen von allen Beteiligten die Personalien auf. Währenddessen versammelten sich 70 bis 80 Gegendemonstranten an der Polizeiabspernung im Ortskern. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben der Polizei nicht.

Stadtradio Göttingen, Montag, 04 Mai 2009

### **Burschenschaftler stören Mai-Kundgebung**

Etwa zehn Angehörige der Burschenschaftlerszene haben am Freitag die Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Göttingen gestört. Während einer Rede auf dem Markt liefen die Störer vor die Bühne am Gänseliesel. Einer von ihnen blies in ein Horn, um den Redebeitrag zu unterbrechen. Sie wurden jedoch von Teilnehmern der Kundgebung vom Marktplatz gedrängt. Der DGB-Vorsitzende Lothar Hanisch sprach ihnen daraufhin einen Platzverweis aus. Hanisch sagte gegenüber dem StadtRadio, Störungen von Rechten könne er nicht tolerieren. Er sprach außerdem von einer neuen Qualität der Agitation aus dem Burschenschaftsmilieu. Etwa 500 Menschen waren zuvor vom DGB-Haus in der Oberen Masch zum Markt gezogen, um die traditionelle Mai-Kundgebung abzuhalten. Der Protest stand in diesem Jahr unter dem Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn“.

GT, 4.5.2009

### **Rosdorfer Rat unterstützt Bündnis**

Vor dem Hintergrund des Aufmarsches von Rechtsextremisten am Freitag in Friedland hat die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) Aussagen von Udo Baron, Verfassungsschutzexperte im niedersächsischen Innenministerium, als falsch bewertet. Baron hatte in der vergangenen Woche bei einer Informationsveranstaltung zum für den 9. Mai geplanten des sogenannten „Deutsch-Russischen Friedensmarsches“ in Friedland Südniedersachsen als „weißen Fleck der NPD“ bezeichnet. Waffenfunde bei Neonazis im Dezember und Januar sowie der Aufmarsch am Freitag widerlegten Barons Aussagen. Nach Informationen der A.L.I. waren am Freitag Mitglieder der NPD Göttingen, den Kameradschaften Eichsfeld und Northeim sowie der Burschenschaft Thormania beteiligt. «„Zynischer Versuch“ »«Einstimmig hat inzwischen der Rosdorfer Rat eine Resolution zur Verhinderung „Deutsch-Russischen Friedensmarsches“ verabschiedet. Damit wolle man „das Friedländer Bündnis unterstützen“, sagte Bürgermeister Harald Grahovac (SPD). In der Resolution heißt es unter anderem: „Wir wehren uns daher mit der Friedländer Bevölkerung gegen den zynischen Versuch, Friedland, den Ort der Erinnerung an die Folgen des Zweiten Weltkriegs und Ort der Versöhnung, für rechtsextreme Zwecke zu missbrauchen.“»

GT, 2.5.2009

### **Nazi-Aufmarsch gestoppt**

Die Polizei hat am Freitag einen Aufmarsch von rund 35 Rechtsextremisten in Friedland aufgelöst. Die Teilnehmer der nicht angemeldeten Demonstration wurden in Gewahrsam genommen. An einer linken Gegendemonstration nahmen rund 80 Menschen teil. Von Michael Brakemeier «Friedland. »Mit einem massiven Polizeiaufgebot hat die Polizei gestern gegen 15 Uhr einen spontanen Demonstrationzug von Rechtsextremisten in der Heimkehrerstraße gestoppt. Die Beamten nahmen die rund 35 Anhänger der rechten Szene, die aus Hannover, Hildesheim, Northeim, dem Eichsfeldkreis und Göttingen stammen, in Gewahrsam und leiteten Ermittlungsverfahren

wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht ein. Mehrere Rechtsextremisten wurden von der Polizei zur „erkennungsdienstlichen Behandlung mit anschließendem Verhinderungsgewahrsam“ nach Göttingen gebracht. Die Polizei, die mit Einsatzkräften in Friedland in Bereitschaft lag, hatte schon auf dem Parkplatz eines Supermarktes in der Nähe des Lagers Friedland verhindert, dass sich die Demonstranten in Bewegung setzten und Transparente und Fahnen entrollten. Aufklärungskräfte der Polizei waren bereits gegen 14.30 Uhr auf der Autobahn 7 auf die in mehreren Autos nach Süden fahrende Gruppe aufmerksam geworden. Gerüchte, dass Neo-Nazi-Funktionär Thorsten Heise an dem Aufmarsch beteiligt gewesen ist, dementierte Polizeisprecherin Jasmin Kaatz gestern Abend auf Anfrage. Die Demo in Friedland war eine von mehreren Ausweichveranstaltungen der Rechten in Niedersachsen, nachdem eine Neonazi-Demo in Hannover verboten worden war. Noch während die Rechtsextremisten auf ihren Abtransport nach Göttingen warteten, kam es zu einer linken Gegendemonstration mit rund 80 Teilnehmern. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

GT, 29.4.2009

### **Friedländer Bündnis gegen Rechts plant Kundgebung**

«Zeichen setzen will das Friedländer Bündnis gegen Rechts mit Aktionen vor dem sogenannten „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“ am 9. Mai. Und das Bündnis will an dem Tag selbst statt eines Demonstrationzugs eine Kundgebung abhalten. »

»Eine Informationsveranstaltung mit Referenten und Vertretern der Polizei hat es bereits gegeben (Tageblatt berichtete), jetzt gab das Friedländer Bündnis weitere Aktionen vor dem 9. Mai in Friedland bekannt. Ein ökumenischer Gottesdienst wird am Sonntag, 3. Mai, um 14 Uhr in der katholischen St.-Norbert-Kirche gehalten. Unter dem Motto „Friedländer schützen die Idee des friedlichen, geeinten Europas“ steht eine Lichterkette am Abend des 6. Mai rund um das Integrationszentrum. Treffpunkt für alle, die sich mit Lichtern – nicht Fackeln – beteiligen wollen, ist um 20 Uhr vor dem Heimkehrerdenkmal in der Heimkehrerstraße. Schließlich organisiert das Bündnis am Sonnabend, 9. Mai, auf privatem Gelände neben dem Mahnmal am „Eselsplatz – Hinter dem Hagen“ eine Kundgebung. „Wir möchten damit die geschichtsträchtigen Plätze in Friedland besetzen“, sagt Bürgermeister Andreas Friedrichs (SPD) und ergänzt, dass Veranstaltungen auf Flächen des Landes, wie dem Lagergelände oder dem Platz vor dem Mahnmal, nicht genehmigt würden. Die Bündnis-Kundgebung werde unabhängig davon, ob der „Friedensmarsch“ verboten bleibe oder nicht, stattfinden. Die Organisatoren hoffen auf rege und friedliche Teilnahme vieler Menschen, die „Flagge zeigen“ gegen den „rechten Sumpf“. Breite Unterstützung erhält das Friedländer Bündnis auch von außerhalb. So gab es Anerkennung für den besonderen Stellenwert Friedlands von der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Auch Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) habe die Arbeit der Friedländer gewürdigt, so Friedrichs. Bei der Kundgebung sprechen unter anderem die Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann (SPD) und Hartwig Fischer (CDU).

Stadtradio Göttingen, Dienstag, 28 April 2009

### **Friedländer Bündnis ersetzt Demo durch Kundgebung**

Das Friedländer Bündnis gegen Rechts hat seine Pläne für den 9. Mai geändert: Anstatt der geplanten Demonstration will das Bündnis nun eine stationäre Kundgebung veranstalten. Friedlands Bürgermeister Andreas Friedrichs sagte heute, die Kundgebung solle auf einer privaten Fläche in der Nähe des Mahnmals stattfinden. Damit wolle man diesen symbolträchtigen Ort besetzen, bevor es einer der anderen Anmelder tun könne. Der Landkreis Göttingen hatte sein Verbot des so

genannten „deutsch-russischen Friedensmarsches“ unter anderem damit begründet, dass für die drei gleichzeitig angemeldeten Demonstrationen in Friedland kein Platz sei. Laut Friedrichs sprechen bei der Kundgebung unter anderem die Göttinger Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann und Hartwig Fischer. In der Woche vor dem 9. Mai sind unter anderem ein ökumenischer Gottesdienst und eine Lichterkette geplant. Friedrichs sagte weiter, man wolle außerdem versuchen, über einen interfraktionellen Antrag im Landtag die Demonstration der Russland-deutschen zu verhindern. Als Begründung solle hier die besondere Geschichte der betroffenen Orte dienen.

GT, 28.4.2009

### **Container in Flammen**

#### **Brand auf Kreuzung**

Möglicherweise Täter aus der linksextremen Szene haben in der Nacht zum Montag gegen 1.10 Uhr zwei Altpapiercontainer auf die Kreuzung Goßlerstraße/ Kreuzbergring gezogen und mit einer brennbaren Flüssigkeit in Brand gesetzt. Die Feuerwehr löschte die Behälter. Nach Polizeiangaben waren vermutlich sechs bis sieben schwarz oder dunkel gekleidete Personen beteiligt. Als die Polizei eintraf, flüchteten die Täter. Ein 33-Jähriger, der bereits wegen linksmotivierter Straftaten bekannt sei, habe festgenommen werden können. Die Polizei prüft nun, ob ein Zusammenhang mit der für den 9. Mai in Friedland geplanten rechtsgerichteten Demo besteht.

Stadtradio Göttingen, Dienstag, 28 April 2009

#### **Unbekannte zünden Altpapiercontainer an**

In Göttingen haben Unbekannte in der Nacht von Sonntag auf Montag zwei Altpapiercontainer auf die Kreuzung Kreuzbergring/Goßlerstraße geschoben und angezündet. Zeugen beobachteten den Vorgang gegen ein Uhr nachts und riefen die Feuerwehr. Die Einsatzkräfte löschten den Brand. Nach Angaben der Polizei waren sechs bis sieben dunkel gekleidete Personen am Tatort. Diese flohen in verschiedene Richtungen. Die Beamten fassten kurz darauf einen 33-jährigen Verdächtigen auf einem Institutsgelände am Kreuzbergring. Der Mann ist der linken Szene zuzuordnen und bereits wegen linksmotivierter Straftaten polizeibekannt. Ob ein Zusammenhang mit den geplanten Veranstaltungen am 9. Mai in Friedland steht, prüft die Polizei noch. Die Ermittlungen dauern an.

HNA, 28.4.2009

#### **Unbekannte entzünden Altpapiercontainer auf der Straße**

Göttigen. Unbekannte haben in der Nacht zu Montag in Göttingen zwei Altpapiercontainer auf eine Straßenkreuzung gezogen und offenbar mit Brandbeschleuniger angezündet. Ob der Vorfall in Zusammenhang mit der für den 9. Mai in Friedland (Kreis Göttingen) geplanten Gegendemonstration mit Beteiligung der linken Szene steht, werde derzeit noch geprüft, teilte die Polizei mit.

In Friedland haben rechtsextreme Russlanddeutsche für den 9. Mai einen sogenannten deutsch-russischen Friedensmarsch geplant, der vom Göttinger Landrat allerdings verboten wurde.

Passanten hatten den Vorfall beobachtet und die Polizei verständigt, die einen der etwa sieben

flüchtigen Tatverdächtigen vorläufig festnehmen konnte. Der 33 Jahre alte Mann aus Göttingen soll Mitglied der linksextremen Szene sein und war bereits in der Vergangenheit bei linksmotivierten Straftaten auffällig geworden. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung und Verdachts des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr eingeleitet. Die Ermittlungen dauern an. (ddp)

GT, 27.4.2009

### **Junge Union gegründet**

Junge Menschen für Politik und eine Mitarbeit auf kommunaler Ebene begeistern will der dieser Tage neugegründete Gemeindeverband Friedland der Jungen Union (JU). Acht Gründungsmitglieder haben die Interessenvertretung für junge Friedländer ins Leben gerufen, eine Satzung beschlossen und einen Vorstand gewählt.

Vorsitzender ist Stefan Klute aus Lichtenhagen, Stellvertreterin Sandra Raub aus Friedland, die Finanzen werden von Andre Lübke aus Friedland verwaltet, und als Beisitzer wurden Jasper von Bodenhausen und Wiebke Wollenweber gewählt. „Die Parteien überaltern“, sagt Klute, „auch in Friedland“. Er schätzt den Altersdurchschnitt in der CDU auf „60 oder älter“. Entsprechend kämen die Interessen der jüngeren Generation oft zu kurz. Die JU wolle hier Gehör verschaffen und ein Forum für Diskussionen bieten, führt der Vorsitzende aus.

Schwerpunkte der JU-Arbeit sieht Klute zunächst in den Themen DSL-Versorgung im ländlichen Raum und mit Blick auf die Gesamtschuldebatte im Landkreis Göttingen auch in der Schulsituation. Die JU will Interessierten auch Gelegenheit bieten, aktuelle Dinge mitzudiskutieren. So soll angesichts der im Mai geplanten NPD-Demo in Friedland über die Unterschiede zwischen der NPD und demokratischen Organisationen diskutiert werden.

Ein erstes Treffen der JU findet am Dienstag, 28. April, um 19 Uhr im Gasthaus Michel in Friedland statt. Im Mai plant das neue JU-Team eine Besichtigung des Lagers Friedland, kündigt der 27-jährige Klute an. Darüber hinaus ist die Friedländer JU demnächst auch online vertreten. Am endgültigen Webauftritt unter [www.ju-stinkt-nicht-nur-in-friedland.de](http://www.ju-stinkt-nicht-nur-in-friedland.de) werde allerdings zurzeit noch gefeilt.

Stadtradio Göttingen, Montag, 27 April 2009

### **Trittin begrüßt Demo-Verbot in Friedland**

Der Göttinger Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Trittin, hat das Verbot des geplanten „Deutsch-russischen Friedensmarsches“ am 9. Mai in Friedland begrüßt. Trittin sagte, damit habe Landrat Reinhard Schermann den richtigen Schritt gemacht, um einen Aufmarsch der Rechten an so einem symbolträchtigen Ort zu verhindern. Allerdings bleibe abzuwarten, ob das Verbot vor Gericht Bestand haben werde, so der Grünenpolitiker weiter. Daher sei es wichtig, dass am 9. Mai möglichst viele Bürger gegen den „rechten Sumpf“ in Friedland Flagge zeigten. Der Landkreis Göttingen hatte den „Friedensmarsch“ der Russlanddeutschen Konservativen in der vergangenen Woche verboten. Zur Begründung hieß es, wegen der zu erwartenden hohen Anzahl rechtsextremer und zum Teil gewaltbereiter Teilnehmer sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht zu gewährleisten.

Göttinger Tageblatt, 24.04.2009

## **Rat Friedlands**

### **Resolution gegen Rechts**

So unangenehm die Situation für die Friedländer Bürger ist, sie schweißt zusammen. Das parteiübergreifende Bündnis gegen Rechts will alles tun, um dem „braunen Sumpf“ in Friedland keinen Boden zu bieten. Der Rat hat jetzt einstimmig eine Resolution beschlossen. Reges Interesse auch an der Infoveranstaltung zum „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“.

„Wir wollen Zeichen setzen und klar Position beziehen“, betonte Bürgermeister Andreas Friedrichs (SPD). Der Rat der Gemeinde Friedland verabschiedete eine Resolution gegen den am 9. Mai beantragten – und just am Tage der Ratssitzung vom Landkreis verboten – so genannten „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“.

Ebenso eindeutig die Aussagen dazu. Ute Haferburg (Grüne) bezeichnete die Bezeichnung „Friedensmarsch“ als „Etikettenschwindel“ und Annette Wollenweber (CDU) machte klar: „Wir wollen keine Demo in Friedland, die sich womöglich auch noch jährlich wiederholt.“ Hartwig Giebel (SPD) bezeichnete es als „perfide“, dass eine braune Gruppe das Lager schamlos ausnutze und ihre „braune Soße auf dem Rücken hilfloser Menschen“ ausgieße.

„Weißer Fleck“

Im Anschluss an die Ratssitzung gab es in der voll besetzten Mehrzweckhalle unter anderem Informationen über die hinter dem geplanten „Friedensmarsch“ stehenden rechten Organisationen und die Akteure der rechtsradikalen Szene. Nach Einschätzung von Udo Baron, Verfassungsschutzexperte im niedersächsischen Innenministerium, sei die geplante Veranstaltung in Friedland „ungewöhnlich“, denn das Thema Russlanddeutsche sei in der rechten Szene umstritten und mobilisiere zurzeit nicht sehr. Doch obwohl Südniedersachsen als „weißer Fleck der NPD“ gelte, gebe es mit Blick auf den 9. Mai einige Unwägbarkeiten.

Wolfgang Freter, ebenfalls vom Innenministerium des Landes, machte mit Blick auf die ebenfalls für den 9. Mai angemeldete Gegendemonstration aus der Göttinger autonomen Szene den zahlreichen Bürgern in der Mehrzweckhalle klar, dass man auch bei Linksextremen wissen müsse, worauf man sich einlasse: „Jeder Demokrat ist Antifaschist, aber nicht jeder Antifaschist ist Demokrat.“ Die Demo gegen Rechts sei nur der kleinste gemeinsame Nenner.

Zu sehr ins Details gingen den Bürgern die Ausführungen Carsten Meyers. Der Journalist und Kenner der rechten Szene wurde gebeten, seinen ausführlichen Vortrag über die Köpfe der NPD zu straffen. Vielmehr wollten die Friedländer wissen, was am 9. Mai auf sie zukommt. Hierüber informierten Thomas Rath und Gerd Hujahn von der Polizeiinspektion Göttingen. Es sei völlig unklar, wie viele Demonstranten kämen, auch ob es beim Verbot des „Deutsch-Russischen Friedensmarsches“ bleibe. Klar sei indes nur, dass es an diesem Tag massive Auswirkungen auf das Leben der Friedländer geben werde. Die Polizei rüste sich für alle Eventualitäten.

„Indische Verhältnisse“

Riesenprobleme werde es geben, überhaupt nach Friedland zu kommen, so die Einschätzung Hujahns. Würden alle linken Demonstranten mit dem Cantus-Zug um 9.14 Uhr wie propagiert anreisen, gäbe es „indische Verhältnisse“. Die Polizei werde Friedland an diesem Tag „lahmlegen“. Das lasse sich nicht vermeiden, warben die Polizisten um Verständnis. Die Tipps der Polizisten: „Räumen Sie ihre Mülltonnen rein, stellen sie Ihr Auto in die Garage und gehen Sie einen Tag vorher einkaufen.“ Rettungseinsätze würden aber ebenso gewährleistet wie die Erreichbarkeit der Grundstücke oder Arbeitsplätze.

Friedrichs rief zu Ruhe und Gelassenheit auf. Das Friedländer Bündnis plane im Vorfeld einige Aktionen wie einen ökumenischen Gottesdienst am Sonntag, 3. Mai, um 14 Uhr und eine Lichterkette auf der Heimkehrerstraße am Mittwoch, 6. Mai, um 20 Uhr.

### **Stadtradio Göttingen, Freitag, 24 April 2009**

#### **Friedländer Rat verabschiedet Resolution gegen Friedensmarsch**

Der Rat der Gemeinde Friedland hat gestern einstimmig eine Resolution zur Verhinderung des sog. „Deutsch Russischen Friedensmarsches“ verabschiedet. In dem Beschluss heißt es, der Rat unterstütze alle Maßnahmen zur Verhinderung der für den 9. Mai geplanten Demonstration. Die NPD und NPD nahe Kreise versuchten damit, arglose Menschen für Ziele des Neofaschismus zu rekrutieren. Im Vorfeld der Europa- und Bundestagswahlen wollten sie demokratiefeindliche, rassistische und antisemitische Ideen in die Bevölkerung tragen. Dies sei einer zynischer Versuch, Friedland als Ort der Erinnerung und der Versöhnung für rechtsextreme Zwecke zu missbrauchen. Verwaltung und Politik in der Gemeinde Friedland sollten alles tun, diese Veranstaltung zu verhindern.

HNA, 23.04.2009

#### **Landkreis Göttingen verbietet Nazi-Demo in Friedland**

Göttingen. Der Landkreis Göttingen hat am Donnerstag den für den 9. Mai in Friedland angemeldeten Aufmarsch einer der rechtsextremen NPD nahestehenden Gruppe verboten. Auch etwaige Ersatzveranstaltungen des Anmelders wurden untersagt.

Als Begründung sagte Landrat Reinhard Schermann, er sehe die öffentliche Sicherheit durch die besondere Gefährdungslage, die von dem geplanten Aufmarsch mit bis zu 600 Teilnehmern ausgehe, nicht gewährleistet.

Zu dem Aufmarsch aufgerufen hatte eine rechtsextreme Vereinigung, die sich "Die russlanddeutschen Konservativen" nennt. Geplant war ein Marsch der Neonazis vom Grenzdurchgangslager Friedland zum berühmten Heimkehrerdenkmal oberhalb des Ortes im Landkreis Göttingen. Als Reaktion darauf hatten sowohl linke Gruppen als auch ein Bündnis von Friedländer Bürgern Demonstrationen für den 9. Mai angemeldet, um gegen den Neonazi-Aufmarsch zu protestieren.

"Mit Gewalt zu rechnen"

Wegen der anzunehmenden hohen Teilnehmerzahl rechtsextremer, zum Teil gewaltbereiter Personen sei mit großer Wahrscheinlichkeit mit Gewalttätigkeiten zu rechnen, sagte Schermann. So seien unter anderem Freie Kameradschaften und so genannte Autonome Nationalisten zu erwarten.

Die Entscheidung, den Aufmarsch zu verbieten, sei nach intensiver Abwägung zwischen dem grundgesetzlich garantierten Versammlungsrecht und dem Grundrecht auf Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit sowie anderer Grundrechte von Demonstranten, Polizisten und unbeteiligten Dritten getroffen worden.

Außerdem sei wegen der "engen Verhältnisse" im Ort Friedland mit seinen nur 1318 Einwohnern die Durchführung von drei Demonstrationen nicht möglich, stellte Schermann fest. Die Routen der

drei Demos überschritten sich räumlich und zeitlich. Auch der möglicherweise notwendige Einsatz von Rettungsdienst und Feuerwehr würde "in seiner Funktionsfähigkeit wesentlich behindert".

Abschließend betonte der Landrat, dass Friedland mit seinem Grenzdurchgangslager und seinem hohen Symbolcharakter als "Tor zur Freiheit" und als Stätte für Versöhnung, Frieden und Integration nicht durch die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts entwürdigt werden dürfe. "Das wäre blanker Zynismus", sagte Schermann. (coe)

Stadtradio Göttingen, Donnerstag, 23 April 2009

### **Landkreis verbietet „deutsch-russischen Friedensmarsch“ in Friedland**

Der Landkreis Göttingen hat den für Anfang Mai geplanten so genannten „deutsch-russischen Friedensmarsch“ in Friedland verboten. Landrat Reinhard Schermann erklärte heute Nachmittag, wegen der zu erwartenden hohen Anzahl rechtsextremer und zum Teil gewaltbereiter Teilnehmer sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht zu gewährleisten. Darüber hinaus seien für denselben Tag noch zwei weitere Veranstaltungen angemeldet worden. Aufgrund der engen Verhältnisse in Friedland seien drei gleichzeitige Demonstrationen, deren Routen sich auch noch kreuzten, nicht möglich. Schermann sprach von einem „intensiven Abwägungsprozess zwischen dem gesetzlich garantierten Versammlungsrecht und dem Grundrecht auf Schutz und Leben und körperliche Unversehrtheit“. Gleichzeitig betonte er jedoch, Friedland dürfe mit seinem hohen Symbolcharakter als „Tor zur Freiheit“ und als Stätte für Versöhnung, Frieden und Integration nicht durch rechtes Gedankengut oder Gewalt entwürdigt werden. Dies wäre blanker Zynismus.

taz, 23.04.2009

### **Zensur**

#### **Antifa-Muttertag ist gerettet**

Das Göttinger Tageblatt weigerte sich einen Muttertagsgruß zu drucken, mit dem indirekt zum Protest gegen Nazis aufgerufen wurde. Nachdem die taz recherchierte, soll die Anzeige nun doch in Druck gehen.

Zum Muttertag bietet das Göttinger Tageblatt an, preiswerte Großanzeigen zu schalten. Ein Ehepaar aus Göttingen wollte seine Muttergrüße mit einem Protest gegen Nazis verbinden. "Liebe Mama", sollte dort stehen, "ich bin stolz auf Dich, dass Du trotz Deiner 75 Jahre noch immer gegen Nazis auf die Straße gehst". Und die Ankündigung: "Den Blumenstrauß gibts nachher in Friedland! Deine Silke."

Denn in dem Ort, durch den Zigtausende Kriegsheimkehrer und Spätaussiedler in die Bundesrepublik kamen, plante die NPD-nahe "Deutsch-Russische Friedensbewegung europäischen Geistes" den Müttern am 9. Mai die Show zu stehlen. Mit einem "Friedensmarsch" wollten die Rechten am "Heimkehrerdenkmal" auf dem Friedländer Hagenberg Stellung beziehen.

Mit der Anzeigenaktion wollten Silke und Uwe Reinecke gegen die "unerträgliche Nazi-Normalität" vorgehen, die ihrer Ansicht nach in Deutschland herrscht. Die Anzeige wurde vom Göttinger Tageblatt bestätigt. Doch drei Tage später erhält Uwe Reinecke einen Anruf vom Tageblatt. Der Inhalt seiner Anzeige sei "verboten" und könne nicht veröffentlicht werden, erinnert sich Reinecke an den Tenor des Gesprächs. Verboten sind laut Vertrag lediglich Anzeigentexte die

"gegen das Presserecht oder gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen". Da das Presserecht Muttertagsgrüße nicht verbietet, müsste der Grund des Verbotes in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Göttinger Tageblatts zu finden sein. Danach werden Anzeigen abgelehnt, die gegen geltende Gesetze verstoßen. Oder aber Anzeigen, "deren Veröffentlichung für den Verlag unzumutbar" wäre. Reinecke jedenfalls findet es "unfassbar, dass das Göttinger Tageblatt sich weigert, die Anzeige gemäß Vertrag zu veröffentlichen".

Ein erster Anruf der taz bei der Anzeigenabteilung löst Hektik aus: "Ich kann dazu jetzt nichts sagen", versichert eine Mitarbeiterin. "Ich muss erst Rücksprache halten, die Anzeigenleitung ruft gleich zurück." Das tat sie nicht.

Denn im Hintergrund wurden die Uhren zurückgedreht: Reinecke erhielt direkt im Anschluss einen Anruf des Göttinger Tageblatts, dass die Anzeige vertragsgemäß gedruckt werde. "Schade eigentlich, meine Frau hatte schon einen Anwalt eingeschaltet, um unserem Anliegen Nachdruck zu verleihen", sagt Reinecke mit einer Mischung aus Triumph und Enttäuschung in der Stimme. Eine Begründung für den Sinneswandel habe das Göttinger Tageblatt ihm nicht genannt.

Nachdem die Situation bereinigt wurde war auch das Tageblatt bereit sich gegenüber der taz zu äußern: "Verbot? Nein, die Anzeige wird doch gedruckt", sagt die Leiterin der Anzeigenabteilung. "Die Prüfung einer Anzeige kann einige Tage dauern, das ist normal." Zur zunächst erteilten Absage könne sie keine Auskunft geben. "Das sind Interna zwischen dem Tageblatt und dem Kunden, die ich nicht preisgeben darf." Aber auch dem Kunden Reinecke wurde nicht erklärt, wie es zu dem "Missverständnis" kommen konnte.

Gestern wurde der Aufmarsch der Rechtsextremen in Friedland vom Landkreis Göttingen verboten. Friedland gelte mit seinem Grenzdurchgangslager als "Tor zur Freiheit" und dürfe nicht durch Verbreitung rechten Gedankengutes oder Gewalttätigkeiten entwürdigt werden, begründet Landrat Reinhard Schermann (CDU) das Verbot. Damit ist der umkämpfte Protestaufruf nahezu hinfällig.

#### AGB Göttinger Tageblatt

Das Göttinger Tageblatt behält sich vor, Anzeigenaufträge abzulehnen, "wenn deren Inhalt gegen Gesetze oder behördliche Bestimmungen verstößt oder deren Veröffentlichung für den Verlag unzumutbar ist". Um den Inhalt der Anzeige hätte sich das Tageblatt ohnehin keine Sorgen machen müssen, da die Zeitung prinzipiell keine Verantwortung für den Inhalt von Anzeigen trägt. In den Geschäftsbedingungen heißt es: "Der Auftraggeber trägt allein die Verantwortung für den Inhalt und die rechtliche Zulässigkeit der für die Insertion zur Verfügung gestellten Texte." Der Verlag prüfe die Anzeigentexte mit geschäftsüblicher Sorgfalt. Im Zweifelsfall "verpflichtet sich der Inserent, die Kosten der Veröffentlichung einer Gegendarstellung" zu tragen.

Im Fall der Inserenten Reinecke ist diese Gefahr allerdings gering: Sie haben nur gratuliert. Es sei denn, die derart geehrte Mutter setzte sich gegen die Behauptung zur Wehr, sie gehe gegen Nazis auf die Straße.

GT, 22.4.2009

#### **Großeinsatz: Polizei rechnet mit bis zu 600 Rechten**

«Mit einem Großeinsatz will die Polizei am 9. Mai in Friedland für Sicherheit sorgen. An diesem Tag sind drei Demonstrationen angemeldet: Eine von Rechtsradikalen, zudem zwei Gegendemonstrationen – eine aus dem linken Spektrum und eine eines Friedländer Bündnisses. Angemeldet wurde im März ein „Deutsch-Russischer Friedensmarsch“. Die Polizei rechnet mit Rechtsextremisten „als Organisatoren und im Gefolge“. Wie Polizeipräsident Hans Wargel erklärte,

erwartet der Veranstalter des rechten Aufzuges, Viktor Kasper, 500 bis 600 Teilnehmer. „Wir stellen uns auch auf Kameradschaften und autonome Nationalisten ein“, so Wargel. Gegen den Aufmarsch der Neonazis, die zum Heimkehrerdenkmal marschieren wollen, wollen linke Gruppen demonstrieren. Auch hier kündigt der Veranstalter des Zuges rund 500 bis 600 Demonstranten an. In beiden Lagern erwartet die Polizei Gewaltbereitschaft. „Unproblematisch wird die Kundgebung der Friedländer“, meint Wargel. Die Polizei bereitet sich mit einem Großaufgebot auf alle Eventualitäten vor. Denn: „Wir gehen von einem Verbot der rechten Demo aus“, so der Polizeichef. Die Polizei hat eine Gefahreinschätzung abgegeben. „Drei Züge auf der gleichen Route, das können wir nicht händeln“, so Wargel und Einsatzleiter Thomas Rath. Zudem hätten Land, Bahn und Kirche verboten, ihre Grundstücke am Denkmal, an Bahnschienen und am St.-Norbert-Platz für eine Demo zu nutzen. „Dort wird es also nicht langgehen“, so die Beamten. Die Polizei will Rechte und Linke möglichst weiträumig und zeitlich trennen. „Wir werden Gewalt entschieden entgegnetreten und flexibel agieren“, kündigt Wargel an. Das Grobkonzept für einen solchen Einsatz habe sich bei den vergangenen Demonstrationen in Göttingen bewährt. Wie viele Polizisten im Einsatz sind, ist noch unklar. Noch sei auch nicht klar, ob sich beispielsweise der DGB beteiligt oder ob es auch in Göttingen Veranstaltungen geben wird. „Friedensmarsch“-Organisator Viktor Kasper ist Vorsitzender des „Freundeskreises der Russlanddeutschen Konservativen“. Die NPD wirbt auf ihren Internetseiten für den Aufmarsch. Erwartet werden möglicherweise die Parteimitglieder Udo Pastörs, Andreas Molau oder Neonazis wie Torsten Heise.

GT, 22.4.2009

### **Landkreis prüft noch „Friedensmarsch“**

Ob und wie der Landkreis Göttingen juristisch auf den für den 9. Mai angekündigten „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“ der „Russlanddeutschen Konservativen“ reagiert, ist noch unklar. Die Prüfung des Sachverhalts und der rechtlichen Möglichkeiten sei „noch nicht abgeschlossen“, erklärte Landrat Reinhard Schermann (CDU) gestern auf Tageblatt-Anfrage. Daher gebe es über das weitere Vorgehen noch keine Entscheidung. Der „Friedensmarsch“ der „Russlanddeutschen Konservativen“ am 9. Mai soll vom Grenzdurchgangslager zum Heimkehrerdenkmal führen. Der 9. Mai 1945 war der Tag der Kapitulation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter anderem werben die NPD und die rechtskonservative Zeitung Deutsche Stimme für die Veranstaltung.

Stadtradio Göttingen, Freitag, 27. März 2009

### **Friedländer Bündnis meldet Demonstration gegen rechts an**

Sechs Wochen vor dem geplanten sog. „Deutsch Russischen Friedensmarsch“ hat Friedlands Bürgermeister Andreas Friedrichs für das Bündnis gegen Rechts eine Demonstration für den 9. Mai angemeldet. Das bestätigte Kreisrätin Christel Wemheuer auf Anfrage. Nach ihren Angaben ist die Route teilweise deckungsgleich mit dem Weg des sog. Friedensmarsches. Unter diesem Namen hatten rechtsextreme Gruppen Anfang des Monats eine Demonstration für den 9. Mai in Friedland angemeldet. Daraufhin hatte sich in der vergangenen Woche vor Ort ein „Bündnis gegen Rechts“ konstituiert. Seine Arbeitsgrundlage ist eine Resolution, in der Politik und Verwaltung aufgefordert werden, die geplante Veranstaltung mit allen Mitteln zu verhindern. Neben der Demonstration plant das Bündnis einen ökumenischen Gottesdienst und eine Lichterkette. Für den 23. April ist in der Mehrzweckhalle in Friedland außerdem eine Informationsveranstaltung zu dem Thema vorgesehen.



Gerade wegen der am Donnerstag erwarteten ersten Irak-Flüchtlinge sehen sich die Friedländer Politiker in der Pflicht, Friedland als Tor zur Freiheit zu wahren und den Rechten nicht die an diesem Tag zu befürchtende fremdenfeindliche Propaganda durchgehen zu lassen.

GT, 16.3.2009

### **Resolution gegen rechts**

Der Kreistag will mit allen Mitteln den für den 9. Mai angekündigten sogenannten „Deutsch-Russischen Friedensmarsch“ in Friedland verhindern. Einstimmig beschlossen die Politiker in der jüngsten Sitzung einen interfraktionellen Dringlichkeitsantrag von Grünen, SPD, CDU und den Linken. Der Kreistag unterstütze alle Maßnahmen zur Verhinderung der Veranstaltung, geplant von den Organisationen „National-Konservative Bewegung der Russlanddeutschen“ und „Deutsch-Russische Friedensbewegung im europäischen Geistes e.V.“, heißt es in der Resolution. „Wir wehren uns gegen den zynischen Versuch, Friedland als Ort der Erinnerung an die Folgen des 2. Weltkrieges und Ort der Versöhnung, für rechtsextreme Zwecke zu missbrauchen.“ NPD und NPD-nahe Kreise versuchten über eine fälschlich als Friedensmarsch bezeichnete Veranstaltung arglose Menschen für Ziele des Neofaschismus zu rekrutieren. Von Verwaltung und Politik im Landkreis werde alles getan, diese Veranstaltung zu verhindern. Das „Gespensterspektakel“ müsse bekämpft werden, sagte Norbert Hasselmann (Grüne). In Friedland herrsche schon richtig Angst, so SPD-Fraktionschef Jörg Wieland. Hinter dem Aufmarsch stecke die perfide Absicht, am Tag der Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes gezielt gegen die Aufnahme irakischer Christen vorzugehen, so CDU-Fraktionschef Harald Noack.

### **Zwei Demo-Anmeldungen**

Bei der Abstimmung enthielten sich nur Norbert Ullrich und Petra Strüber von der FDP der Stimme. Ullrich hatte vergeblich vorgeschlagen, im Resolutionstext deutlich zu machen, dass es nur um rechtsstaatliche Mittel gehe. Neben der Demonstrationsanmeldung der „Friedensmarsch“-Veranstalter gibt es bereits die Anmeldung einer Gegendemonstration durch die Gruppe „Radical M“. Weitere Anmeldungen werden erwartet.

Junge Welt, 09.03.2009

### **Rechte »Rußlanddeutsche« marschieren**

#### **»Friedensdemo« in Friedland zum Jahrestag der Befreiung geplant**

Einen »Deutsch-russischen Friedensmarsch« in Friedland bei Göttingen haben die »Rußlanddeutschen Konservativen« für den 9. Mai angekündigt. Die rechtsradikale Vereinigung ist eng mit der NPD verbandelt. Die Demonstration soll vom ehemaligen Durchgangslager für DDR-Flüchtlinge zum sogenannten »Heimkehrerdenkmal« oberhalb des Ortes führen. In dem im Internet veröffentlichten Aufruf wird neben dem Abzug »aller ausländischen Militäreinheiten« aus der BRD unter anderem der Austritt aus der NATO gefordert. Die »patriotischen Kräfte Deutschlands und Rußlands« sollen für »gefährliche außenpolitische Bestrebungen der USA« sensibilisiert werden, »die alles daransetzen, den Militärblock NATO aus einem Verteidigungsbund in ein Instrument der globalen Beherrschung umzuwandeln«.

Die »Rußlanddeutschen Konservativen« sind nach Angaben von Rechtsextremismusexperten zum Teil mit dem NPD-»Arbeitskreis der Rußlanddeutschen« personell identisch. Auf der Internetseite der Volksdeutschen Stimme, die den Aufmarsch ankündigt, gibt es Links zu NPD-Seiten. Der Anmelder, Viktor Karpow, soll enge Kontakte unter anderem zum NPD-Vorstandsmitglied Thorsten

Heise unterhalten.

Daß die Demonstration ausgerechnet in dem kleinen Nest Friedland stattfinden soll, ist kein Zufall. An der Nahtstelle von drei Besatzungszonen hatten die Alliierten nach Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst ein Auffanglager für Flüchtlinge und zurückkehrende Kriegsgefangene eingerichtet. Heute dient das ehemalige Lager, das von vielen Politikern immer noch gern als »Tor zur Freiheit« bezeichnet wird, als Erstaufnahmeeinrichtung für Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern. In den kommenden Wochen sollen dort Flüchtlinge aus dem Irak untergebracht werden, zu deren Aufnahme sich Deutschland nach langem Zaudern bereit erklärt hat.

Mehrere Antifagruppen haben bereits zu Protesten aufgerufen. Der Bundestagsabgeordnete und Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) sagte, der »angebliche Friedensmarsch« sei »dreister Etikettenschwindel« und diene der Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes. Er forderte den Landkreis Göttingen auf, alle rechtlichen Schritte zur Verhinderung des Aufmarsches zu prüfen. Ähnlich äußerte sich der Göttinger SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Oppermann. Friedlands Bürgermeister Andreas Friedrichs (SPD) dagegen findet, man müsse »damit leben, wenn auch diese Gruppen ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen«.

HNA, 8.3.2009

### **Neonazi-Demo: Linke bringen sich in Position**

Friedland. Nach der Anmeldung eines Aufmarschs von Rechtsextremisten für den 9. Mai in Friedland (Kreis Göttingen) bringt sich nun die linke Szene in Göttingen in Position. Einem solchen Nazi-Aufmarsch müsse "auf allen Ebenen und mit allen Mitteln" entgegengetreten werden, teilte am Wochenende eine linke Gruppierung mit, die sich "Redical M - Antifaschistische Gruppe Göttingen" nennt.

"Wir können die verstärkten Neonazi-Aktivitäten in dieser Region nicht hinnehmen. Sei es im Harz, um Northeim oder in Nordhessen", sagte eine Sprecherin.

Unterdessen hat der Landkreis Göttingen den von einer der rechtsextremen NPD nahe stehenden Gruppe "Die Russlanddeutschen" angemeldeten Aufmarsch-Termin noch nicht bestätigt. Mögliche Auflagen stünden ebenfalls noch nicht fest, sagte Kreisrätin Christel Wemheuer auf Anfrage dieser Zeitung. Damit sei vor Mitte April auch nicht zu rechnen. (coe)

HNA, 6.3.2009

### **Friedland-Lagerleiter: "Rechtsextreme sind neu für uns"**

#### **Heinrich Hörnschemeyer über Neonazi-Wählerfang und den geplanten Aufmarsch**

Friedland. Die rechtsextreme Gruppe, die für den 9. Mai eine Demonstration in Friedland (Kreis Göttingen) angemeldet hat, nennt sich "Die Russlanddeutschen". Seit einiger Zeit versuchen Neonazis, unter deutschstämmigen Spätaussiedlern auf Mitgliederfang zu gehen. Im Interview erläutert Heinrich Hörnschemeyer, Leiter des Grenzdurchgangslagers Friedland, wie die Einrichtung mit dieser neuen Situation umgeht.

Rechtsextreme versuchen, unter deutschstämmigen Spätaussiedlern Wähler zu fischen. Was haben Sie davon im Durchgangslager Friedland mitbekommen?

Heinrich Hörnschemeyer: Wir achten grundsätzlich darauf, Einflüsse von außen auf die Neuankömmlinge gering zu halten. Wir möchten nicht, dass die Menschen, die gerade in Deutschland angekommen sind, überrumpelt werden. Egal, ob es um gewerbliche Tätigkeiten geht oder ob Organisationen hier für sich werben wollen. Flugblätter oder so etwas zu verteilen ist auf dem Gelände nicht erlaubt.

Sind Rechtsextreme in oder um das Lager herum in Erscheinung getreten?

Hörnschemeyer: Nein. Diese Situation ist neu für uns.

Würden Sie es mitbekommen, wenn Neonazis versuchten, Bewohner des Durchgangslagers anzusprechen?

Hörnschemeyer: Offensives Werben würden wir mitbekommen. Die Mitarbeiter sind ja rund um die Uhr hier. Hundertprozentig ausschließen können wir es aber nicht. Unsere Neuankömmlinge sind nicht nur auf dem Gelände, sondern bewegen sich auch außerhalb. Wir sperren sie ja nicht ein.

Angesichts der Demo und des Mitgliederwerbens der Neonazis: Welche Vorkehrungen für die Zukunft treffen Sie?

Hörnschemeyer: Viele Spätaussiedler bleiben länger in Friedland, da macht es Sinn, die Kursträger darauf hinzuweisen, das Thema Rechtsextremismus anzusprechen. Es gibt sowieso Kurse zum politischen System der Bundesrepublik. Ich werde die Kursleiterin darauf hinweisen, auf das Rechtsextremen-Thema einzugehen. Das ist sinnvoll und notwendig.

Können Sie sich erklären, warum die Rechtsextremen ausgerechnet unter deutschstämmigen Spätaussiedlern aus der Ex-Sowjetunion nach Anhängern fischen wollen?

Hörnschemeyer: Nein, dafür habe ich keine Erklärung.

Gibt es bei manchen Neuankömmlingen eine latente Neigung zu ultra-nationalen Themen?

Hörnschemeyer: Nein, das sehe ich nicht so.

Als Sie von dem geplanten Marsch vom Ort Friedland zum Heimkehrerdenkmal gelesen haben, was haben Sie da gedacht?

Hörnschemeyer: Geht es um das Heimkehrerdenkmal oder mehr um die Spätaussiedler? Was steckt dahinter? Das beschäftigt mich. Aber eine Antwort darauf habe ich nicht.

Zur Person

Heinrich Hörnschemeyer (52) leitet seit 1991 das Grenzdurchgangslager in Friedland. Der Diplom-Verwaltungswirt wurde in Osnabrück geboren. Bevor er nach Friedland kam, arbeitete er im Durchgangslager Bramsche bei Osnabrück. Hörnschemeyer lebt mit seiner Ehefrau in Gleichen (Kreis Göttingen).

HNA, 5.3.2009

**"Das tut einem weh"**

**Rechtsextreme planen Aufmarsch in Friedland - Grüne: Da ist NPD drin**

Göttingen. Neonazi-Demo in Friedland? Da sprudelt Andreas Friedrichs (SPD) wie auf Knopfdruck los. "Eine Demokratie muss eine solche Sache aushalten", sagt der Bürgermeister der Gemeinde im Landkreis Göttingen. "Zu bedauern ist aber, dass

solche Kräfte für ihre Anliegen demokratische Strukturen nutzen, die sie gleichzeitig unterwandern wollen."

Mit "solche Kräfte" meint Friedrichs eine Vereinigung, die sich "Die russlanddeutschen Konservativen" nennt und der rechtsextremen NPD nahe steht. Die Gruppe hat für den 9. Mai einen Aufmarsch in Friedland angemeldet. "Dass das Tor zur Freiheit so negativ belegt wird, das tut einem weh", sagt Andreas Friedrichs. "Friedland hat Weltgeschichte geschrieben, und jetzt das."

Mit Transparenten wollen die Russlanddeutschen zum berühmten Heimkehrerdenkmal oberhalb Friedlands ziehen. Als Mitveranstalter tritt eine "Deutsch-Russische Friedensbewegung im europäischen Geiste" auf, zu deren Gründern das mehrfach vorbestrafte NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise zählt. Die NPD bemüht sich, unter deutschstämmigen Spätaussiedlern aus der früheren Sowjetunion nach Wählern zu fischen.

Ob sich ein Neonazi-Spektakel am Heimkehrerdenkmal mit juristischen Mitteln verhindern lässt, steht noch nicht fest. "Wir sind in engem Austausch mit der Kreisverwaltung als Genehmigungsbehörde und der Polizei", sagt Friedrichs. "Wir müssen prüfen, inwieweit eine solche Demonstration nach den Regeln des Rechtsstaats genehmigt werden muss."

Zum Umfang möglicher Vorbereitungen machte die Polizei in Göttingen gestern noch keine Angaben. "Der polizeiliche Staatsschutz prüft das Ganze und hat Kontakt zum Verfassungsschutz", sagte der Sprecher der Polizeidirektion Göttingen, Mathias Althaus. Um den Aufmarsch zu verhindern, müssten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, appellieren die Grünen in Stadt und Kreis Göttingen an die Behörden. "Wo russlanddeutsche Rechtskonservative draufsteht, ist NPD drin", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Der Göttinger Grünen-Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin regt sich besonders über den Titel "Friedensmarsch" auf, unter dem die Rechtsextremen den Aufmarsch angemeldet haben. Das sei ein dreister Etikettenschwindel, findet Trittin: "Es soll unter diesem Deckmantel rechtsextremes Gedankengut verbreitet werden."

Ebenso wie die Grünen empört sich Bürgermeister Friedrichs darüber, dass das historisch bedeutsame Friedland mit dem Grenzdurchgangslager und dem Heimkehrerdenkmal als Kulisse für den Aufmarsch herhalten soll. "Hier ist gute Integrationsarbeit geleistet worden, über Jahrzehnte", sagt Friedrichs. "Mir tut das leid für die Menschen, die in Friedland wohnen."

HNA, 5.3.2009

### **Nazi-Aufmarsch in Friedland?**

### **Rechtsextreme 'Russlanddeutsche' haben für 9. Mai Demonstration angemeldet**

Friedland. Erstmals wollen in Niedersachsen rechtsextreme Gruppierungen von so genannten Russlanddeutschen demonstrieren. Zwei Organisationen aus diesem Spektrum, die der NPD nahe stehen, haben für den 9. Mai zu einem "deutsch-russischen Friedensmarsch" zum Heimkehrerdenkmal in Friedland aufgerufen.

Anmelder der Demonstration sei die Vereinigung "Die russlanddeutschen Konservativen", erklärte die zuständige Kreisrätin des Landkreises Göttingen, Christel Wemheuer, auf Anfrage. Mitveranstalter ist der Verein "Deutsch-Russische Friedensbewegung im europäischen Geiste", zu dessen Gründern das NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise zählt. Diese Vereinigung wird im Thüringischen Verfassungsschutzbericht 2007 erwähnt.

Beide Organisationen seien bislang in Niedersachsen nicht aktiv geworden, sagte eine Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Sowohl das Datum als auch den Ort hätten sie vermutlich aus symbolischen Gründen gewählt. Am 9. Mai 1945 wurde um kurz nach Mitternacht im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde der deutschen

Wehrmacht unterzeichnet. In Friedland befindet sich das Grenzdurchgangslager, das als zentrale Aufnahmeeinrichtung für deutschstämmige Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion dient.

Seit einiger Zeit bemüht sich die NPD, Spätaussiedler als Wähler zu gewinnen. So hat die Partei vor einem Jahr einen Arbeitskreis der Russlanddeutschen gegründet. Im Herbst fand auf dem Anwesen von Thorsten Heise im eichsfeldischen Fretterode ein "Symposium der deutsch-russischen Friedensbewegung" statt. Die Veranstalter brüsten sich damit, dass dabei "auch einige Russlanddeutsche der Bewegung beigetreten" seien. Allerdings ist das Werben um neue Wählerschichten umstritten.

In einschlägigen Internet-Blogs werden heftige Debatten geführt, ob aus Russland stammende Spätaussiedler als "Volksdeutsche" gelten können. Zumindest hapert es bei manchen "russlanddeutschen Konservativen" an deutschen Sprachkenntnissen - der Aufruf zur Demonstration strotzt vor Grammatikfehlern.

[www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info), 04.03.09

### **“Deutsch-Russischer Friedensmarsch” am “Tor zur Freiheit”?**

“Für viele Tausende Flüchtlinge und Vertriebene wurde Friedland das Tor zur Freiheit”, sagte der damalige Innenminister Otto Schily zum 60-jährigen Jubiläum des Grenzdurchgangslagers Friedland im Jahr 2005. Eine Auszeichnung, die offenbar auch Rechtsextreme nutzen wollen, um für einen “Deutsch Russischen Friedensmarsch” am 09. Mai 2009 an dem symbolischen Ort zwischen Göttingen und Kassel zu werben. Und auch die NPD mischt wieder mit.

Von Kai Budler

Die Gemeinde mit ihren 13 Ortschaften im Landkreis Göttingen liegt im Dreiländereck Hessen-Niedersachsen-Thüringen und wurde vor allem durch das nach dem Zweiten Weltkrieg von der britischen Militärregierung errichtete Auffanglager bekannt. Nun wollen rechtsextreme Kreise die Geschichte für ihre Zwecke nutzen – sie träumen davon, in einem antisemitischen Bündnis mit Russland gegen die verhasste USA mobil zu machen.

Als Veranstalter des Marsches tritt die “National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland” auf, die sich selbst auch als “Russlanddeutsche Konservative” bezeichnen. Die Inhalte der Organisation lassen sich im Internetportal “Volksdeutsche Stimme” nachlesen, für das Andrej Tiller verantwortlich zeichnet, der Vorsitzende des im Februar 2008 gegründeten “Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD”. Auch Johann Thießen gehört zu den “Russlanddeutschen Konservativen” und sprach auf dem NPD Bundesparteitag 2008 ein Grußwort, das in dem Portal voller kruder Verschwörungstheorien veröffentlicht wurde.

Vereinsvorstand mit Heise und Wieschke

Bei so guten Beziehungen zu der Partei wundert es nicht, wenn auch die “Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes” zu den Veranstaltern des sog. “Friedensmarsches” gehört. Der in Arnstadt ansässige Verein wurde im August 2006 gegründet, dem Vereinsvorstand gehören u.a. die Thüringer Neonazis und NPD-Mitglieder Thorsten Heise und Patrick Wieschke. Bilder einer Vereinsfeier im südthüringischen Hildburghausen im März 2007 zeigen außerdem die Neonazis Jürgen Rieger und Manfred Röder hinter einem Rednerpult mit der Aufschrift “Deutschland muss leben”, für die musikalische Untermalung sorgten Trommler der rechtsextremen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) und der rechtsextreme Barde Frank Rennike.

## Suche nach neuen Wählerschichten

Eine Zusammenarbeit, die offenbar ausbaufähig ist, wie die Jahrestagung der „Deutsch Russischen Friedensbewegung“ im Oktober 2008 zeigt. An dem „Symposium“ auf Heises Anwesen in Fretterode waren gleich mehrere Prominente zu Gast. Neben Johann Thießen und dem unvermeidlichen Jürgen Rieger reiste der bekannte Neonazi und ehemalige NPD-Verantwortliche für weltanschauliche Schulungen, Andreas Thierry, in das thüringische Eichsfelddorf. Aus Moskau angereist war Dr. Alexander Kamkin als Auslandsreferent der antisemitisch geprägten National-Patriotischen Front Russlands „Pamjat“.

All dies ist Teil der Suche der NPD nach neuen Wählerschichten und Mitgliedern, bei der sie seit 2007 auch die sog. Russlanddeutschen verstärkt im Visier hat. Rechtsextremismusforscher verfolgen diese Entwicklung mit Sorge. Nicht nur ein wachsendes Netzwerk beweise, dass die Zusammenarbeit zwischen der NPD und Russlanddeutschen immer enger werde. Inzwischen sei auch eine sog. „deutsch-russische Achse eines europäischen Rechtsextremismus“ zu verzeichnen, auf den sich die NPD zunehmend fokussiere.